

Die Demokratie wird das Klima nicht retten können!

Vielleicht bedroht der Klimawandel die Demokratie – viel schlimmer ist aber, dass die Demokratie das Klima bedroht. Diese – durchaus im Publikum für heftigen Widerspruch sorgende – These wirft Univ.-Prof. Dr. Angela Kallhoff am Grundrechtstag in den Raum. Und sie möchte bewusst provozieren. Wir erschrecken, als sie von über 1.500 Klimanotständen – darunter Überflutungen, Hungersdürren, und Waldbrände – allein im Jahr 2024 erzählt.

Der Begriff „Notstand“ kann dabei auf zwei Ebenen verstanden werden, erklärt die Expertin. Auf physikalischer Ebene umschreibe der Begriff eine unmittelbare Bedrohung für Leib und Leben. Hingegen würden auf politischer Ebene Notstände ausgerufen, um Handlungen und Regeln, die unter Normalbedingungen nicht tolerierbar wären, durchzusetzen.

In der Folge verbindet Angela Kallhoff die genannten Ebenen gewissermaßen: Die Demokratie kann Klimaschutz, betont die Professorin am Institut für Philosophie, sie müsse aber nachgeschärft werden. Ansonsten wäre eine demokratische Gesellschaft gar nicht in der Lage, die nunmehr erforderlichen Maßnahmen zur Klimasanierung zu ergreifen. Die Expertin argumentiert für die institutionelle Einbettung der Klimaagenden und wünscht sich – an Überlegungen zu einem „Zukunftsrat mit Verfassungsrang“ anknüpfend – einen „Klimanotstandsrat“.



Dieser könne – mit entsprechender (Rechts)Macht ausgestattet – unliebsame Maßnahmen durchsetzen. Und das weit über eine Legislaturperiode hinaus. Ein „Klimanotstandsrat“ sei zwar keine Wunderwaffe, wohl aber ein Anfang für wirksamen Klimaschutz. Eines ist Angela Kallhoff jedoch klar: Eine derartige Einrichtung wäre – vor allem mit Blick in die Geschichtsbücher – enorm anfällig für Missbrauch. Die Expertin appelliert daher klar für eine legislative Einbettung des „Klimanotstandsrats“, dessen Akte im Wesentlichen (nur) durch seine Zielsetzung legitimiert würden.